

D I E J U R I S T E N
D E R
R E I C H S S T A D T
S C H W A B I S C H G M O N D
I M 1 8 . J A H R H U N D E R T

Von dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechtswissenschaften genehmigte Dissertation
von

Rechtsreferendar
Christof Max Josef Rieß
geboren am: 02.05.1963 in: Stuttgart

1993

Meinen Eltern

Gutachter: Univ.-Prof. Dr. Joachim Rückert
Priv. Doz. Dr. Dr. Günter Jerouschek

Tag der
Promotion: 22. Juni 1992

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

A: EINLEITUNG

I. Fragestellung	23
II. Quellenlage	27

**B: ÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHICHTE, DIE STADTVERFASSUN-
GEN UND DIE WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE DER REICHS-
STADT SCHWÄBISCH GMÜND BIS ZUM ÜBERGANG AN
WÜRTEMBERG 1802/03**

I. Das Gebiet der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	30
II. Geschichtliche und rechtliche Verhältnisse der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd.	33
1. Die Zeit bis zur Verfassungsänderung im Jahre 1552.	33
1.1. Geschichte der Stadtgründung	33
1.2. Die Verwaltung bis 1552	34
1.2.1. Der Schultheiß	34
1.2.2. Die Zunftverfassung.	35
2. Die Verfassungsänderung von 1552	36
3. Die Zusammensetzung des Magistrats	38
4. Der Magistrat als Landesherr	40
III. Die Wirtschaftslage in der Reichsstadt Schwä- bisch Gmünd	43
1. Gold- und Silberschmiedehandwerk	43
2. Textilgewerbe.	43
3. Die verschiedenen Zünfte	44
4. Die Wirtschaftsentwicklung im 18. Jahrhundert.	44
IV. Die Wahl in ein Amt der Stadt	47
1. Vorbemerkung	47

2. Die Wahlankündigung.	47
3. Der Wahlvorgang.	47
4. Wahlhindernisse und deren Umgehung .	51
4.1. Verwandtschaft als Wahlhindernis . .	51
4.2. Umgehung dieser Vorschriften	53

C: DIE VERSCHIEDENEN GERICHTE DER REICHSTADT

I. Vorbemerkung.	55
II. Die Gerichte in der Stadt	55
1. Die unterste Instanz	55
2. Der Rat der Stadt als Gericht.	57
2.1. Zusammensetzung und Zuständigkeit. .	57
2.2. Das Verfahren.	62
2.2.1. Prozeß in Schuldsachen	63
2.2.1.1. Der Prozeßablauf	63
2.2.1.2. Fürsprecher und Anwalt, Advokat und Prokurator	65
2.2.1.3. Die Rolle des Fürsprechers in der Reichsstadt.	67
2.2.2. Prozeß in Frevelsachen	68
2.2.2.1. Die verschiedenen Arten der Frevel und deren Strafmaß	68
2.2.2.2. Der Prozeßablauf	70
2.2.2.3. Die Rolle des Fürsprechers	72
2.2.2.4. Die Rolle des Ammann	73
2.2.2.5. Die Rolle des Stadtschultheißen. . .	73
2.2.2.6. Die Funktion des Stabes.	74
2.3. Der Rat als Appellationsinstanz. . . .	75
2.4. Appellation gegen Urteile des Rates. .	75
3. Das Gericht der Stadt.	77
3.1. Zusammensetzung und Zuständigkeit. .	77
3.2. Zusammenkunft.	78
3.3. Der Richterabgang und die Richterwahl	78
3.4. Das Gerichtsverfahren vor dem Stadt- gericht.	79
3.5. Der Ablauf der Urteilsvollstreckung.	83
3.6. Der Stab	84

3.7. Appellationsrecht.	85
4. Das Gericht bei Handwerksstreitig- keiten	85
4.1. Zusammensetzung und Zuständigkeit. .	85
4.2. Die Appellation.	86
5. Die sog. Zweierherren.	86
III. Das Gericht auf dem Land.	88
1. Ort der Zusammenkunft.	88
2. Anzahl der Gerichtspersonen.	88
3. Der Richtereid	89
4. Zuständigkeit.	90
5. Das Gerichtsverfahren.	90
IV. Zwischenergebnis.	93

D: POSITIONEN AUSSCHLIESSLICH UNIVERSITAR AUSGEBILDETER JURISTEN

I. Vorbemerkung.	95
II. Ratskonsulenten	98
1. Die Anzahl der Ratskonsulenten	98
2. Die Voraussetzungen für die Wahl zum Ratskonsulenten.	100
3. Die Pflichten der Ratskonsulenten. . .	102
3.1. Art des Dienstverhältnisses.	102
3.2. Die persönliche Führung im Dienst. .	103
3.2.1. Fleiß und nach bestem Vermögen, Neutralität.	103
3.2.2. Nebenerwerb.	104
3.2.3. Die Schweigepflicht.	104
3.3. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	105
3.3.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	105
3.3.2. Die Steuerpflicht.	105
3.4. Die Reisepflicht	106
3.5. Die Präsenzpflichten im Rathaus. . .	107
3.5.1. Präsenz bei den Gerichtssitzungen. .	107
3.5.1.1. Prozeß in Schuldsachen	107
3.5.1.2. Prozeß in Frevelsachen	107
3.5.1.3. Prozeß in Kriminalen	107

3.5.2. Präsenz bei den Ratssitzungen. . . .	107
3.5.3. Präsenz in der Kanzlei	108
3.6. Die Dienstpflichten gegenüber den Kanzlisten	108
3.7. Pflichten nach Ende des Dienstver- hältnisses	108
4. Die Rechte der Ratskonsulenten . . .	109
4.1. Die Bezahlung.	109
4.1.1. Der Bezahlung in Geld.	109
4.1.1.1. Der 1. Ratskonsulent	110
4.1.1.2. Der 2. Ratskonsulent	110
4.1.2. Die Kaufkraft des Geldes	110
4.1.3. Die Nebenbezüge.	112
4.1.3.1. Der 1. Ratskonsulent	112
4.1.3.2. Der 2. Ratskonsulent	112
4.1.4. Die Aushändigung des Geldes. . . .	112
4.2. Die Erstattung der Reisekosten . . .	113
4.3. Amterverbindungen.	113
4.4. Die nebenamtliche Erwerbstätigkeit .	113
5. Die Aufgabe der Ratskonsulenten. . .	114
5.1. Die allgemeine Aufgabe als Berater .	114
5.2. Strafgerichtsbarkeit	114
5.3. Der 1. Ratskonsulent als Syndikus, Kanzleidirektor und Stadtschreiber .	115
5.4. Die Aufgabe des Stadtschultheißen. .	116
6. Das Stadtschultheißenamt vor 1753/58	118
7. Liste der Ratskonsulenten der Reichs- stadt Schwäbisch Gmünd im 18. Jahr- hundert.	119
III. Ratsadvokaten	121
1. Anzahl und Ausbildung der Ratsadvo- katen mit Liste der Ratsadvokaten. .	121
2. Die Wahl zum Ratsadvokaten	123
3. Die Pflichten der Ratsadvokaten. . .	124
3.1. Die persönlichen Pflichten	124
3.1.1. Fleiß und gebührende Treue	124
3.1.2. Mit anständigem Ton.	124
3.1.3. Erteilung einer Vollmacht.	125
3.1.4. Termineinhaltung	126

3.1.5. Anwesenheitspflicht.	126
3.1.6. Abhalten von übereilter und uner- heblicher Appellation.	127
3.1.7. Protokolle ordentlich aufbewahren. .	128
3.1.8. Kostenankündigung.	128
3.1.9. Verbot der Tätigkeit gegen die Stadt	129
3.1.10. Nebenerwerb.	129
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	130
3.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	130
3.2.2. Die Steuerpflicht.	130
4. Die Rechte der Ratsadvokaten	130
4.1. Die Bezahlung in Geld.	130
4.2. Die Nebenbezüge.	130
5. Die Aufgaben des Ratsadvokaten . . .	131
5.1. Bei der Übernahme eines Mandats. . .	131
5.2. Der Prozeß	133
5.3. In Appellationsangelegenheiten . . .	133
IV. Registrator	134
1. Anzahl der Registratoren und deren Amtsbezeichnung.	134
2. Die Ausbildung und die Liste der Registratoren.	134
3. Die Pflichten der Registratoren. . .	135
3.1. Die persönliche Führung im Dienst. .	135
3.1.1. Aufsichtspflicht	135
3.1.2. Die Schweigepflicht und Teilnahme- pflicht an den Ratssitzungen	135
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	136
3.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	136
3.2.2. Die Steuerpflicht.	136
4. Die Rechte der Registratoren	136
4.1. Der Lohn in Geld	136
4.2. Die Nebenbezüge.	137
4.3. Die Aushändigung des Geldes.	137
5. Die Aufgabe des Registrators	137
6. Amterverbindungen und Bedeutung des Amtes.	138
V. Zwischenergebnis.	140

E: WEITERE POSITIONEN VON JURISTEN IN DER REICHS-
STADT SCHWABISCH GMÜND:

I. Vorbemerkung	145
II. Bürgermeister	145
1. Die Anzahl der Bürgermeister und Amtsvoraussetzung	145
2. Die Pflichten der Bürgermeister	148
2.1. Die persönlichen Pflichten als Mit- glied des Rates	148
2.1.1. Die Teilnahmepflicht	148
2.1.2. Das Verhalten im Rat	149
2.1.3. Die Schweigepflicht	149
2.1.4. Nebenerwerb	149
2.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten	150
2.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	150
2.2.2. Die Steuerpflicht	150
3. Die Rechte der Bürgermeister	150
3.1. Die Bezahlung der Bürgermeister	150
3.1.1. Die Bezahlung in Geld	150
3.1.2. Die Nebenbezüge	151
3.1.3. Die Aushändigung des Geldes	151
3.2. Ämterverbindungen	151
4. Aufgaben des Bürgermeisters	155
4.1. Die Aufgabe als Mitglied des Geheimen und Kleinen Rates	155
4.1.1. Die Aufgabe nach außen	156
4.1.2. Die Aufgabe nach innen	156
4.1.3. Der Amtsbürgermeister als Vorsitzen- der des Geheimen und des Kleinen Rates	158
4.2. Die Aufgaben im Gericht	159
III. Oberstättmeister	161
1. Die Anzahl der Oberstättmeister und deren juristische Ausbildung	161
2. Die Wahl und die Amtsdauer	162
3. Die Pflichten des Oberstättmeisters	162
3.1. Die persönlichen Pflichten	162
3.1.1. Als Mitglied des Rates	162

3.1.2. Als Leiter der Stadtkammer	162
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten	163
3.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	163
3.2.2. Die Steuerpflicht	163
4. Die Rechte der Oberstättmeister	163
4.1. Die Bezahlung der Oberstättmeister	163
4.1.1. Die Bezahlung in Geld	163
4.1.2. Die Nebenbezüge	164
4.1.3. Die Aushändigung des Geldes	164
4.2. Ämterverbindungen	164
5. Die Aufgaben des Oberstättmeisters	165
5.1. Als Mitglied des Geheimen und des Kleinen Rates	165
5.2. Als Leiter der Stadtkammerkasse	165
5.3. Als Mitglied des Gerichts	168
5.3.1. Bei den Gerichten in der Stadt	168
5.3.2. Bei den Gerichten auf dem Land	168
IV. Stättmeister	169
1. Die Anzahl der Stättmeister und deren juristische Ausbildung	169
2. Die Wahl und die Amtsdauer	169
3. Die Pflichten des Stättmeisters	170
3.1. Die persönlichen Pflichten	170
3.1.1. Als Mitglied des Kleinen Rates	170
3.1.2. Als Mitglied der Stadtkammer	171
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten	171
3.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	171
3.2.2. Die Steuerpflicht	171
4. Die Rechte der Stättmeister	171
4.1. Die Bezahlung der Stättmeister	171
4.1.1. Die Bezahlung in Geld	171
4.1.2. Die Nebenbezüge	172
4.2. Ämterverbindungen	172
5. Die Aufgabe des Stättmeisters	172
5.1. Als Mitglied des Kleinen Rates	172
5.2. In der Stadtkammer	173
5.3. Als Mitglied des Gerichts	173
V. Kassier	174
1. Die Anzahl der Kassiere und	

deren juristische Ausbildung	174
2. Die Wahl und die Amtsdauer	174
3. Die Pflichten der Kassiere	175
3.1. Die persönlichen Pflichten	175
3.1.1. Als Mitglied des Kleinen Rates	175
3.1.2. Als Kassier der Kontributionskasse	175
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	175
3.2.1. Ortsanwesenheit.	175
3.2.2. Die Steuerpflicht.	176
4. Die Rechte der Kassiere.	176
4.1. Die Bezahlung der Kassiere	176
4.1.1. Die Bezahlung in Geld.	176
4.1.2. Die Nebenbezüge.	176
4.1.3. Die Aushändigung des Geldes.	176
4.2. Ämterverbindungen.	176
5. Die Aufgaben der Kassiere.	177
5.1. Als Mitglied des Kleinen Rates und des Gerichts	177
5.2. Als Kassier.	177
6. Ämterlaufbahn.	178
VI. Kanzlisten.	180
1. Juristische Bildung und Anzahl der Kanzlisten	180
2. Die Wahl zum Kanzlisten.	181
3. Die Pflichten der Kanzlisten	181
3.1. Art des Dienstverhältnisses.	181
3.2. Die persönliche Führung im Dienst.	181
3.2.1. Fleiß und nach bestem Vermögen	181
3.2.2. Unparteilichkeit	182
3.2.3. Die Schweigepflicht.	182
3.2.4. Zechen in der Kanzlei.	182
3.2.5. Die Entschuldigungspflicht	183
3.2.6. Nebenerwerb.	183
3.3. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	183
3.3.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	183
3.3.2. Die Steuerpflicht.	184
3.4. Die Reisepflicht	184
3.5. Die Präsenzpfllichten in der Kanzlei.	184
3.5.1. Arbeitszeit.	184

3.5.2. Präsenz im Rat und bei Gericht	185
3.5.2.1. Bei Gerichtssitzungen.	185
3.5.2.2. Bei Ratssitzungen.	185
3.6. Die Dienstpflichten gegenüber dem Dienstherrn.	185
3.7. Pflichten nach Ende des Dienstver- hältnisses	186
4. Die Rechte der Kanzlisten.	187
4.1. Die Bezahlung.	187
4.1.1. Die Bezahlung in Geld.	187
4.1.2. Die Nebenbezüge.	187
4.1.3. Die Aushändigung des Geldes.	187
4.2. Ämterverbindungen.	187
5. Die Aufgabe des Kanzlisten	188
6. Die Accessisten oder Kanzlei- praktikanten	189
VII. Visier.	191
1. Die Anzahl der Visiere und deren juristische Ausbildung	191
2. Die Wahl und die Amtsdauer	191
3. Die Pflichten der Visiere.	192
4. Die Rechte der Visiere	192
4.1. Die Bezahlung in Geld.	192
4.2. Die Nebenbezüge.	192
4.3. Die Aushändigung des Geldes.	193
5. Die Aufgaben des Visiers	193
VIII. Amtsvögte	195
1. Die Anzahl der Vogteiämter	195
2. Die Ausbildung der Amtsvögte	195
3. Die Pflichten der Amtsvögte.	197
3.1. Die persönliche Führung im Dienst.	197
3.1.1. Nach bestem Vermögen	197
3.1.2. Unparteilichkeit	197
3.1.3. Gehorsamspflicht	197
3.1.4. Die Reisepflicht	197
3.2. Die allgemeinen örtlichen Pflichten.	198
3.2.1. Ortsanwesenheit und Wohnsitz	198
3.2.2. Die Steuerpflicht.	198
4. Die Rechte der Amtsvögte	198

4.1. Die Bezahlung in Geld.	198
4.2. Die Nebenbezüge.	199
4.3. Die Aushändigung des Geldes.	199
5. Die Aufgaben der Amtsvögte	199
IX. Zwischenergebnis.	205

F: STREIT DES OBERSTÄDTMEISTERS UND SPÄTEREN BÜRGERMEISTERS FRANZ IGNATIUS JEHLIN MIT BÜRGERMEISTER, RAT UND BEAMTENSCHAFT DER REICHSSTADT SCHWÄBISCH GMOND VON 1738 - 1739

I. Vorbemerkung.	207
II. Der Streit.	207
1. Der Streitgegenstand und der Streitverlauf.	207
2. Die Tätigkeit des 1. Ratskonsulenten und Syndikus Joseph Jakob Thwinger	210
3. Beurteilung der Rolle des 1. Ratskonsulenten und Syndikus	212

G: DER ÜBERGANG DER REICHSSTADT AN WÜRTTEMBERG

I. Der Verlust der Reichsunmittelbarkeit durch den Reichsdeputationshauptschluß.	214
II. Die Rolle Württembergs.	219
III. Versuche der Reichsstadt, die drohende Säkularisation und Mediatisierung zu verhindern	221
IV. Die militärische Besitzergreifung	225
V. Die zivile Besitzergreifung	228
VI. Die Organisation von Neuwürttemberg	232
1. Die Oberbehörden	232
1.1. Die Oberlandesregierung.	232
1.2. Die Hofkammer.	234
1.3. Das Forstdepartement	234
2. Die Landvogteien	234
2.1. Das Gebiet der Landvogteien.	234
2.2. Der Landvogt	235
3. Die Oberämter und Stabsämter	236

3.1. Der Ober- bzw. Stabsammann.	236
3.2. Der Steuereinnehmer.	237
3.3. Die Stadtverfassung.	238
3.3.1. Der Rat der Stadt.	238
3.3.1.1. Anzahl der Ratspersonen.	238
3.3.1.2. Die Wahl in den Rat und Wahlhindernisse.	238
3.3.1.3. Die Aufgaben des Rates der Stadt	239
3.3.2. Das Stadtgericht	239
3.3.2.1. Die Anzahl der Personen.	239
3.3.2.2. Die Wahl zum Gerichtsverwandten und zum Bürgermeister.	240
3.3.2.3. Die Aufgabe des Stadtgerichts.	241
3.4. Das Vogtgericht.	242
3.5. Die Dorfverfassung	242
3.5.1. Der Schultheiß	242
3.5.2. Die Aufgaben des Schultheißen.	243
3.5.3. Der Dorfmagistrat.	244
3.5.4. Wahl und Wahlhindernisse bei der Wahl in den Dorfmagistrat	244
3.5.5. Die Aufgabe des Dorfmagistrats	245
VII. Der Gerichtsaufbau.	246
1. Die Zivilgerichtsbarkeit	246
1.1. Die verschiedenen Instanzen.	246
1.1.1. Das Stadtgericht	246
1.1.2. Das Landvogteigericht.	246
1.1.3. Die Oberlandesregierung.	247
1.1.4. Der Kurfürst	248
1.2. Succumbenzgelder zur Appellation	248
1.3. Das geltende Recht in Zivilstreitigkeiten	249
2. Die Strafgerichtsbarkeit	250
2.1. Der Instanzenzug	250
2.1.1. Der Oberammann.	250
2.1.2. Das Landvogteigericht.	250
2.1.3. Die Oberlandesregierung.	250
2.1.4. Der Kurfürst	251
2.2. Das geltende Recht in der Strafgerichtsbarkeit.	251

H: DIE VERÄNDERUNGEN IN SCHWABISCH GMÜND

I. Vorbemerkung.	253
II. Liste der Staatsdiener der Reichsstadt Schwä- bisch Gmünd von 1802 mit dem Lebensalter, der Dienstzeit und der jährlichen Besoldung . . .	253
III. Beurteilung und Verwendung der Beamten der Reichsstadt durch Württemberg	256
1. Beurteilung der reichsstädtische Beamten.	256
2. Pensionierungen.	259
3. Übernommene Personen	261
3.1. Personen, die in Gmünd blieben . . .	261
3.2. Personen, die Gmünd verließen. . . .	262

I: ERGEBNISSE

I. Laienprinzip.	264
II. Amtsprinzip	266
III. Professionsprinzip.	269
IV. Veränderungen nach 1802	278
V. Fazit	281
Ortsregister.	283
Personenregister.	286
Quellen- und Literaturverzeichnis	289